

"Demokratie müssen wir lernen" in Der Spiegel (5. Februar 1990)

Legende: Das deutsche Nachrichtenmagazin Der Spiegel beschreibt das Mißtrauen der Bevölkerung in den Ostblockstaaten nach dem Zusammensturz des Kommunismus und dem Übergang der Parteien zur Sozialdemokratie.

Quelle: Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. AUGSTEIN, Rudolf ; Herausgeber FUNK, Werner; KILZ, Hans Werner. 05.02.1990, n° 6; 44. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH. "Demokratie müssen wir lernen", p. 162-166.

Urheberrecht: (c) Der Spiegel

URL:

http://www.cvce.eu/obj/demokratie_mussen_wir_lernen_in_der_spiegel_5_februar_1990-de-1a4835bc-9a15-4ce0-b943-89af89dd6b54.html



Publication date: 14/10/2015

„Demokratie müssen wir lernen“

Noch hält die Kommunistische Partei der Sowjetunion an ihrem Machtmonopol fest, aber ihre Schwesterparteien in den Ostblockstaaten haben es aufgegeben. Sie ändern ihre Namen, wechseln die Führer und möchten „Sozialdemokraten“ werden. Die Völker sind mißtrauisch und fürchten einen „maskierten Kommunismus“.

„Der Teufel hat sich das Meßgewand angezogen und läutet mit dem Schwanz zur Messe“. Mit diesem Zitat des polnischen Klassikers Henryk Sienkiewicz verspottete Reformkommunist Tomasz Nalecz in der Nacht zum vorigen Montag auf dem Parteikongreß der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ (PVAP) das verzweifelte Bemühen der Parteistrategen, den siechen Kommunisten ein neues Gesicht und einen neuen Namen zu geben.

Die Beerdigung der PVAP, die 41 Jahre in Polen allein geherrscht hat, gelang, doch die erhoffte Metamorphose nicht :

Statt einer geschlossen zu Sozialdemokraten geläuterten Partei werden sich bei den Kommunalwahlen im April mindestens drei, wahrscheinlich sogar vier sozialdemokratische Splittergruppen den Wählern als büßende Erben der flink verscharrten PVAP empfehlen.

Ein großer Teil der ehemaligen Spitzenfunktionäre, so Staatspräsident Wojciech Jaruzelski, die letzten vier verbliebenen PVAP-Minister im Kabinett des Solidarnosc-Premiers Tadeusz Mazowiecki und 116 Abgeordnete aus dem Parlament, wollen sogar parteilos bleiben — in der Hoffnung, daß die polnischen Wähler schnell vergessen, was für eifrige Kommunisten sie über Jahrzehnte gewesen sind.

Polens KP ist nicht als einzige verloren. Die düsteren Gebäude des Staatskommunismus, die Zwingburgen einer von der Partei kommandierten Doktrin, die vor einem Jahr in Mittel- und Osteuropa noch als uneinnehmbar galten, sind in knapp sechs Monaten in allen sechs Staaten des sogenannten sozialistischen Lagers zusammengefallen.

Von der vernichtenden Wahlniederlage der polnischen Kommunisten im vorigen Juni bis zur blutigen Abrechnung mit dem totalitären Despotismus eines großwahnwitzigen Nicolae Ceausescu im Dezember und der DDR-Wende zur deutschen Einheit Ende Januar hat der Freiheitswille der Völker das Ende des Status quo in Europa erzwungen.

Erklärte Antikommunisten wie Staatspräsident Václav Havel in der CSSR und Premier Mazowiecki in Polen sind in der Politik an die Spitze gerückt.

Von den allmächtigen Parteichefs des vorigen Jahres ist keiner mehr im Amt : Rumäniens Nicolae Ceausescu und Frau Elena, die in ihren Staatsbürgern Leibeigene sahen, endeten unter Schüssen eines Hinrichtungspelotons.

Bulgariens Todor Schiwkoff sitzt im Gefängnis und wartet auf den Prozeß wegen Machtmißbrauchs. Den einstigen SED-Chef Erich Honecker, in der DDR unter anderem des Hochverrats beschuldigt, bewahrte nur schwere Krankheit vor der Zelle.

Glimpflich davon kamen Milos Jakes, Ex-Parteichef, und Gustáv Husák, Ex-Staatschef der Tschechoslowakei; beide können als einflußlose Rentner über ihre politischen Fehler nachdenken.

Károly Grósz in Ungarn, der als Reformkommunist das heruntergewirtschaftete Erbe seines inzwischen verstorbenen Vorgängers Janos Kádár erst im Mai 1988 übernommen hatte, mußte erleben, daß seine demokratischen Ziele als zu halbherzig befunden wurden.

Sein wendiger Kollege in Polen, Mieczyslaw Rakowski, der über drei Jahrzehnte alle Kursänderungen überstanden hat, gab enttäuscht auf — die Genossen trauen ihm nicht mehr.

Berge von Büchern, Schriften und Traktaten, die den Kommunismus als alleinseligmachende Heilslehre oder als unanfechtbare Wissenschaft priesen, sind nur noch Makulatur. Die Kommunistische Partei, von Rosa Luxemburg mit der „Menschheit“ verglichen, aus der man gleichfalls nicht austreten könne, hat in allen Ländern des zerbröckelten Ostblocks bis auf die Sowjetunion ihre in der Verfassung festgeschriebene Führungsrolle preisgegeben. Durch neue Namen und neue Programme versucht sie, der Abrechnung durch das Volk zu entgehen.

Fast die Hälfte der rund elf Millionen eingeschriebenen Kommunisten in Osteuropa — ohne Sowjetunion — haben die Partei empört oder enttäuscht verlassen, täglich werden es mehr. Das Fußvolk läuft davon, die verantwortlichen Spitzen sind gefeuert, geblieben ist eine verstörte Nomenklatura, die Mitglieder des für das Funktionieren von Staat und Wirtschaft unverzichtbaren Mittelbaus der Partei.

Bei den Völkern aber regt sich eine für den Westen mitunter unverständliche Phobie gegenüber allem, was an den real existierenden Sozialismus erinnert.

In Ungarn, der CSSR und Polen wurden die letzten Denkmäler Stalins und selbst Lenins gestürzt, der rote Stern als Symbol der KP von den Dächern geholt. Sogar die traditionsreiche Leninwerft in Danzig, Geburtsstätte der unabhängigen Gewerkschaft Solidarnosc, hat aus dem Schriftzug über dem Werktor den Namen Lenins entfernt.

Aus den Staatswappen wurden alle an die Fronzeit erinnernden Embleme herausgeschnitten, auch die Kokarden an den Mützen von Militär und Polizei sind umgerüstet.

Die Volksrepubliken Ungarn und Polen haben in ihrem Staatsnamen auf den diskriminierten Begriff „Volk“ verzichtet, der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR) ist das Wort „Sozialistisch“ zuviel. Präsident Havel : „Nichts soll an die Zeit erinnern, die hinter uns liegt“.

Die Anrede „Genosse“ ist suspekt geworden, sogar bei den neuen Sozialisten und Sozialdemokraten. Gründungskomitees der SPD in der DDR schickten die als Spende gedachten Info-Formulare den westlichen Wahlhelfern zurück, weil die SPD in roter Farbe darauf firmiert hatte : „Die Farbe Rot wirkt auf den DDR-Bürger wie auf einen Stier“. Die Blumenhändler in Leipzig und Dresden können trotz Mangelangebots rote Nelken nicht mehr verkaufen.

Die Massenflucht der Kommunisten in den Sozialdemokratismus hingegen hat Methode und entspringt kühlem Kalkül der bedrängten Parteistrategen.

Denn die Sozialdemokraten, von den KPs einst als „Sozialfaschisten“ verteufelt, waren in die nach 1945 auf Moskauer Befehl zwangsvereinigten Arbeiterparteien eingegangen. Deren Positionen politisch zu besetzen, so die Überlegungen der Strategen, könnte die KPs in die neue Zeit retten, wenn auch unter gewandeltem Etikett — wobei ihnen die Bürger oft nicht folgen.

So hatten sich die ungarischen Reformkommunisten verrechnet, als sie Anfang Oktober auf ihrem Parteitag die schwer belastete „Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei“ (USAP) auflösten und, als Ersatz, die reformistische „Ungarische Sozialistische Partei“ (USP) gründeten.

Der taktische Schachzug, auf diesem Weg die Betonköpfe und Bremser aus der Politik zu verdämmen, ging schief. Denn von den über 800 000 Mitgliedern der USAP traten nur 60 000 zur Reformpartei über ; 65 000 hingegen erklärten im Dezember, sie wollten die Auflösung nicht anerkennen.

Zudem geriet die Reformführung um den alten und neuen Parteichef Rezső Nyers, 66, und Staatsminister Imre Pozsgay, 56, kurz vor den Parlamentswahlen im März in schwere Bedrängnis.

Ein Abhörskandal des Geheimdienstes, von der nichtkommunistischen Opposition aufgedeckt, kostete den Innenminister István Horváth, eine der Galionsfiguren der demokratischen Sozialisten, das Amt. Und die

den Reformern nahestehenden Gewerkschaften gehen wegen der steigenden Preise gegen die Regierung auf die Straße.

Ähnlich mißlungen scheint der von Polens KP-Chef Rakowski angestrebte Versuch, den reformbereiten Flügel der PVAP durch eine Neugründung mit den fortschrittlichen Kräften in der Solidarnosc-Bewegung zu einer neuen starken Linkspartei zu vereinen.

Die Idee unterstützte sogar Arbeiterführer Lech Walesa, der in seiner unnachahmlichen Bildersprache erklärte: „Der Mensch braucht einen rechten und einen linken Fuß. Das gilt auch für Polen“.

Doch wider Erwarten fand sich auf dem Parteitag vom vorletzten Wochenende nur eine knapp 200 Mann starke Minderheit unter den 1700 Delegierten bereit, dem ehemaligen Danziger Parteichef Tadeusz Fiszbach, 54, einem engen Walesa-Freund, bei der Gründung einer „Sozialdemokratischen Union der Republik Polen“ zu folgen.

Die Mehrheit, darunter viele Vertreter der Nomenklatura, schloß sich der vom ehemals kommunistischen Jugendminister Aleksander Kwasniewski, 35, angeführten „Sozialdemokratie der Republik Polen“ an. Auch das Parteiblatt *Trybuna ludu* („Tribüne des Volkes“) mußte seinen Namen in *Trybuna kongresowa* ändern.

Weil es zudem in der aufgelösten KP auch noch die vom KP-treuen Gewerkschaftschef Alfred Miodowicz gegründete „Bewegung der Werktätigen“ mit eigenen Ambitionen gibt und seit längerem schon eine von Professor Jan Lipski gegründete „Sozialistische Partei“ besteht, dürften sich die Wähler im April schwer tun, die Unterschiede zu erkennen.

In dieser Hinsicht geht es den Wählern in der DDR sicher besser. Die abgewirtschaftete Staatspartei SED hat zwar seit November schon zweimal versucht, durch einen neuen Parteinamen wieder Boden zu gewinnen, dürfte als „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS) aber bei den ersten geheimen Wahlen am 18. März unverkennbar sein.

Vorschläge der unzufriedenen Parteibasis, dem polnischen Beispiel der Auflösung zu folgen, wies Parteichef Gregor Gysi, 41, mit der Bemerkung zurück : „Löst sich die Partei auf, dann ist sie weg“.

Über ihre Wahlchancen macht sich das frühere SED-Mitglied Wolfgang Berghofer, Oberbürgermeister von Dresden, keine Illusionen, findet eine Niederlage aber auch heilsam : „Glaubhaft kann sich die SED nur in der Opposition erneuern“.

Den kommunistischen Parteien fiel der Abschied von ihrem verrufenen Namen unter anderem deshalb schwer, weil sie so reich sind — sie besitzen Firmen, Grundstücke, Ferienhäuser, Erholungsheime, Hotels, Sonderläden, Dienstwagen und Dienstleistungen, die, je nach Rangstufe, den Genossen zur Verfügung standen.

Selbst Schätzwerte können die Experten nicht ermitteln, weil die alleinregierenden Parteien nach der simplen Devise handelten : Volkseigentum ist Staatseigentum, der Staat ist die Partei, und jede Angabe über deren Vermögen nützt allein dem Klassenfeind.

So sind die Kommunisten nur in seltenen Fällen auch als Eigentümer in den Handelsregistern und Grundbüchern eingetragen — für die Juristen, die Licht in das Dunkel bringen sollen, eine kaum lösbare Entflechtungsaufgabe.

In Ungarn und der DDR fanden sich die runderneuerten Staatsparteien immerhin dazu bereit, einen Teil des beanspruchten Nutzungsrechts den neugegründeten Konkurrenzparteien abzutreten. In Polen half sich das Volk selbst : Über 200 parteieigene Objekte in 20 Städten wurden besetzt und zu Studentenheimen, Kindertagesstätten oder Krankenhäusern umgewidmet.

In der CSSR hingegen ist noch vieles beim alten. Zwar wurde die Regierung ausgetauscht, und seit voriger

Woche hat die KPC durch Nachwahlen auch im Parlament ihre Mehrheit verloren, aber die landesweite Organisation besteht nach wie vor.

Kein Funktionär, der bis zur sanften Revolution im November für die repressive Politik verantwortlich war, wurde verhaftet : Großmut speziell des neuen Präsidenten Václav Havel, 53, der als politisch Verfolgter insgesamt über fünf Jahre im Gefängnis saß. Havel, erster Nichtkommunist auf der Prager Burg seit 1948, in seiner Antrittsrede: „Wir wollen keine Abrechnung“.

Ob eine solche Strategie erfolgreich ist, muß sich noch erweisen. In Prag umlaufende Gerüchte, wonach gefeuerte KPC-Funktionäre zusammen mit früheren Geheimdienst-Offizieren einen Putsch planen, dementierte Innenminister Richard Sacher als „Provokation“ und „Falschinformation“.

In Bulgarien versucht die KP, sich der neuen Lage anzupassen. Unter dem Druck der Öffentlichkeit trat am Donnerstag die kommunistische Regierung unter Premier Georgi Atanassoff, 56, geschlossen zurück, um Platz für ein „Kabinett auf demokratischer Basis“ zu schaffen. Am Freitag wurde der Reformler Alexander Liloff, 56, zum neuen Parteichef gewählt.

Putsch-Sieger Petar Mladenoff , 53, der Staatschef bleibt, will gleichwohl am Marxismus festhalten. Seine Befürchtung, „die Herrschaft des Privateigentums wird ein soziales Beben, Massenarbeitslosigkeit und Anarchie“ heraufbeschwören, teilen viele Bulgaren.

Immerhin : Die Genossen akzeptieren die Beschlüsse am „Runden Tisch“ und haben auf die Kontrolle über die Armee und die Polizei verzichtet.

In Rumänien wird sich eine KP an den ersten freien Wahlen im Mai gar nicht beteiligen. Die mitgliederstarke Partei — jeder dritte erwachsene Rumäne war Mitglied oder Zwangsmitglied — ist weder verboten, noch wurde sie offiziell aufgelöst: Sie verschwand in den blutigen Unruhen des Dezember einfach aus der Öffentlichkeit — aus Furcht vor der Rache des Volkes.

Um so größer ist die Sorge der Bevölkerung, sie könne unter neuem Namen als „maskierter Kommunismus“ wiedererstehen, ein Mißtrauen, das sich auch gegen die selbsternannten Nachlaßregler der „Front zur Nationalen Rettung“ richtet.

Wie begründet solches Mißtrauen ist, erlebte Bukarest voriges Wochenende. Nachdem eine Massendemonstration, vor allem von Studenten, aber auch Anhängern der Neugründungen Bauernpartei, Liberale Partei und Sozialdemokraten, den Rücktritt der Front-Führer gefordert hatte, lieben die am folgenden Tag die Belegschaften ganzer Betriebe aufmarschieren, um die Front zu feiern und gegen den Protest zu protestieren. Ein Student: „Es war wie zu Ceausescus Zeiten“. Nur mit Mühe konnte die Armee verhindern, daß die Zentralen der Oppositionsparteien in Brand gesteckt wurden. Marius Carciumaru, Chef der demokratischen Sozialisten: „Demokratie und Toleranz müssen wir erst lernen“.

Der Sturm gegen die Alleinherrschaft der Kommunisten schlägt inzwischen auch auf den zurück, der ihn mit seiner Perestroika erst entfachte: auf Moskaus Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow.

Noch im Herbst hatte er erklärt, für ein Mehrparteien-System bestehe in der Sowjetunion kein Bedarf. Bei seinem kürzlichen, vergeblichen Versuch, den Bruch mit der separatistischen KP Litauens gütlich zu kitten, räumte er ein: „Mehrere Parteien wären keine Tragödie“.

Um die Streichung des Artikels 6 der sowjetischen Verfassung über die Rolle der KPdSU als führender Kraft im Staat wird in Moskau inzwischen laut gestritten. Im Obersten Sowjet meldete eine sozialdemokratische Fraktion bereits ihre Ansprüche an. Um das Parteiblatt *Prawda* vom Donnerstag hält auf der Sitzung des ZK in dieser Woche im Streit um den künftigen Kurs „eine Spaltung der Partei“ nicht mehr für völlig ausgeschlossen.

Die Entwicklung im roten Imperium ist so weit fortgeschritten, daß eine Rückkehr zur Herrschaft der alten

totalitären Monopolparteien kaum vorstellbar erscheint — zu offenkundig sind ihre Mißwirtschaft und ihre Katastrophe. Nicht mal ein schneidiger Sowjetmarschall, wenn er je an die Macht käme, könnte heute ganz Osteuropa mit Waffengewalt zur Räson bringen.

Immerhin mahnte aber ein Kenner wie Polens Premier Mazowiecki vorige Woche im Straßburger Europa-Parlament vor einem Rückfall: „Noch ist die Demokratie nicht gewonnen. Noch immer sind in den Staaten des Sozialismus die reaktionären Kräfte stark genug, um den Sieg der Demokratie wieder umzukehren, vor allem dort, wo die Reformer zuviel und alles auf einmal wollen.“